

Teure Altenpflegeumlage trifft die Patienten



Der größte Pflegedienst im Großraum Bochum und Hattingen macht Front gegen die neue Altenpflegeumlage (APU), die im Februar 2012 Gesetz wurde und – fast unbemerkt von der Öffentlichkeit - ab 1. Juli greift. „Es ist empörend, was der Gesetzgeber da mit uns machen will“ sagt Dr. med. Thomas Hulisz Geschäftsführer der Ambulanten Dienste der Augusta Kliniken Bochum, des Evangelischen Krankenhauses Hattingen und des Marienhospitals Herne.

Um die Zahl der Auszubildenden in der Pflege erhöhen zu können, wird der Landschaftsverband Westfalen-Lippe als federführendes Organ jährlich etwa 300 Mio.

Euro von allen mit der Altenpflege betrauten Organisationen einsammeln. Zur Kasse gebeten werden also u.a. Altenheime und Pflegedienste.

Damit die Umlage von den betroffenen Organisationen refinanziert werden kann, wird es vom Gesetzgeber geduldet, dass die Kosten für die Patienten steigen, was die betroffenen Menschen sich zumeist nicht leisten können.

„Wer die Pflege am meisten braucht“, so Pflegedienstleiterin Christiane Breddemann, „wird dann aus Kostengründen ‚gezwungen-freiwillig‘ auf Leistungen verzichten.“ Die Zeche, so bemängelt Breddemann, zahlt wieder einmal der Patient. Oder der Steuerzahler, wenn der Patient – wie nicht selten - Sozialhilfeempfänger ist.

Die Augusta Ambulanten Dienste fühlen sich extrem zu Kasse gebeten. „Wir brauchen keine finanziellen Anreize für die Ausbildung“, so Hulisz, „weil wir selbst schon sehr lange in der hauseigenen Krankenpflegeschule

(Hattingen) und im eigenen Altenpflegeseminar (Bochum-Linden) für Nachwuchs sorgen.“ Wenn man die Kosten für die Umlage aufbringe, so hat der Mediziner an die Gesundheitsministerin persönlich geschrieben, „werden wir letztlich die Menschen, die wir teuer ausgebildet haben, nicht mehr bezahlen können.“

„Mit der Umlage“, kritisiert auch Breddemann, „unterstützt die Regierung die Falschen, nämlich gerade jene Pflege-Anbieter, die sowieso schon lange überwiegend mit Hilfskräften und nicht mit examinierten Fachkräften arbeiten.“ Wenn nun die Pflegedienste ihre Sätze erhöhen, „reicht das bei vielen gerade einmal noch für drei Pflegegänge pro Woche“, rechnet Hulisz vor. „Für alle, die darauf angewiesen sind, reicht das hinten und vorne nicht.“ Und er ist sich ganz sicher: „Das kann der Gesetzgeber nicht ernsthaft gewollt haben.“